



Zur Vorbereitung der wichtigen Fragen der kommenden Zeit zog sich der Vorstand des KFWV zur Klausur in die gastfreundliche Pfarre St. Josef in der Reinlgasse zurück

## Gefahr: Familiensparpaket

Wiederholt haben KFÖ-Präsident Clemens Steindl sowie der KFWV Familienstaatssekretärin Marek aufgefordert, einer doppelten Ungleichgewichtigkeit beim ins Haus stehenden Sparpaket entgegenzuwirken: es darf nicht sein, dass im Wirt-

schaftsministerium lediglich 15 Mio. bei der Wirtschaft, aber 235 Mio. Euro bei allen Familien eingespart werden sollen. Ebenso ungerecht ist es, wenn 0,9% bei den Pensionisten, aber 3,5% bei den Familien eingespart werden sollen. ■

## (Die) Säulen der Erziehung – Wissen, Humor und Hausverstand



Der stv. Familienverbandsvorsitzende Alfred Trendl mit einer interessierten Runde

Unter diesem Titel veranstaltete am 24. April der Fachausschuss „LEBEN Beziehung, Ehe und Familie“ seinen diesjährigen Fachtag – gemeinsam mit dem Katholischen Familienverband und der Familienstelle der ED Wien. Gastgeber war die Pfarre im Schottenstift. Der Vormittag wurde mit einem sehr spannenden, von Dr. Christoph Thoma gehaltenen, Vortrag

gestaltet. Den interessierten Teilnehmern aus allen drei Vikariaten konnte er mit sehr viel Humor Impulse für eine gelingende Erziehung aus seinem Erfahrungsschatz mit auf den Weg geben.

Nach einem gemeinsamen von der Familienstelle organisierten Mittagessen wurde unter der Leitung des KFWV in Gruppen über die uns bewegenden familienpolitischen Themen und Anliegen diskutiert – Schule, Kreuze im öffentlichen Raum, etc. Den Abschluss bildete eine Führung durch das Schottenstift. Wie die Rückmeldungen beweisen, war es eine gelungene Veranstaltung mit viel Information und Gespräch – auch über Vikariatsgrenzen hinweg. ■

Irmengard & Norbert Thanhoffer  
Leitung Fachausschuss

## Beachten Sie bitte beiliegenden Zahlschein

und nutzen Sie ihn für Spenden oder die Begleichung Ihres noch ausstehenden Mitgliedsbeitrags. Allen Mitgliedsfamilien, die bereits ihren Mitgliedsbeitrag beglichen haben, ein aufrichtiges Danke! Der Jahresmitgliedsbeitrag beträgt wie im Vorjahr nach Selbsteinstufung **65, 45 der 25 Euro**.



## Das Familienkochbuch

bewährte Rezepte für das ganze Jahr

Preis: € 19,90/für Mitglieder € 10,-

Zu bestellen unter:

[www.familienverband.at](http://www.familienverband.at)

## Kleiner Erinnerungskasten: Familienurlaube im Sommer 2010:

ROSOLINA MARE \*\*\*HOTEL  
ALEXANDER / ITALIEN  
4. bis 13. Juli 2010 (9 Tage)

BRAMBERG/HOHE TAUERN  
\*\*\* Landhotel KASERER  
24. bis 31. August 2010 (7 Tage)

Besuchen Sie auch unseren  
Produkt-Online-Shop!  
[www.familienverband.at](http://www.familienverband.at)

## Liebe Mitglieder und Freunde des Katholischen Familienverbandes der Erzdiözese Wien!



In der Diskussion der letzten Wochen und Monate wurde von mancher Seite argumentiert, dass auch in Familien manchmal Unrecht passiert. Überall dort, wo Nähe und

Zuwendung gelebt werden, sind die Grenzen – scheint es – nicht mehr ganz so sicher. Manchmal gehen Eltern auch einen Schritt zu weit. Egal, ob es die Härte der Erziehungsmaßnahmen ist oder sogar zum sexuellen Missbrauch kommt, immer dann kommen Kinder und Jugendliche zu Schaden. Familie in sich hat die ganz große Chance, Kinder auf dem Weg ins Leben zu begleiten, sie zu stärken, ihnen Werte mitzugeben und sie zu befähigen, ihr eigenes Leben gelingen zu lassen. Damit dieses auch Wirklichkeit wird, können wir ihnen nur unser Leben als Lernbeispiel vor Augen führen. Wie wir Konflikte lösen, wie wir mit Macht umgehen, wie wir den Beruf und den Alltag bewältigen, mit welcher Sorgfalt wir unsere eigenen Pflichten erledigen, mit wie viel Verlässlichkeit wir unsere Versprechungen einlösen, wie wertschätzend unsere Begegnungen sind, all das sehen und erleben unsere Kinder jeden Tag. Andererseits: Trotz aller eigenen Prägung ist es in unsere Verantwortung gelegt, wie wir mit unserem „Rucksack“ aus unserer Kindheit umgehen und welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Die Stärkung der eigenen Person macht uns fit für ein gemeinsames Leben. Ich wünsche Ihnen auf dem Weg dorthin viel Mut und Zuversicht, das Ziel nie aus den Augen zu verlieren.

Die Stärkung der eigenen Person macht uns fit für ein gemeinsames Leben. Ich wünsche Ihnen auf dem Weg dorthin viel Mut und Zuversicht, das Ziel nie aus den Augen zu verlieren.

*M. Lang*

Mag. Mechtild Lang, Vorsitzende

## Der Katholische Familienverband kritisiert fehlende öffentliche Unterstützung für Schwangere in Notsituationen und fordert die Schaffung eines Wiener Hilfsfonds

„Weil offensichtlich nicht sein kann, was nicht sein darf, leugnet die Gemeinde Wien Probleme bei der Beratung schwangerer Frauen. Schwangerenberatungsstellen der „Aktion Leben“ und kirchliche Beratungsstellen für Frauen in Notlagen werden diskriminiert und in offiziellen Ratgeberbroschüren der Stadt Wien absichtlich verschwiegen!“ Das erklärt die Vorsitzende des Kath. Familienverbandes der Erzdiözese Wien (KFWV), Mechtild Lang, und fordert endlich ein Umdenken in Sachen Lebensschutz. Besondere Kritik gibt es am Handbuch „Wien für Wienerinnen, Infos und Tipps von A-Z“, in dem die Schwangerenberatungsstellen der „Aktion Leben“ sowie die Beratungsstellen der kirchlichen Elisabeth-Stiftung und von „Genea“ der Caritas der Erzdiözese Wien auf Weisung von Stadträtin Sandra Frauenberger bewusst nicht aufgenommen wurden, obwohl bzw. gerade weil diese – und nur diese – in Wien auch finanzielle Unterstützung für schwangere Frauen anbieten. Seitens der Gemeinde Wien gibt es – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – keine öffentliche finanzielle Unterstützung für Schwangere. „Gilt in Wien: Besser abtreiben als helfen?“, fragt die Wiener Familienverbandsvorsitzende angesichts dieses unfassbaren Skandals und fordert die Aufnahme aller kirchlichen Beratungsstellen in den Katalog der Beratungseinrichtungen und zusätzlich die Gründung eines Wiener Hilfsfonds für Schwangere in Notsituationen.

der Erzdiözese Wien betreffend „flankierende Maßnahmen zum Thema Schwangerschaftsabbrüche“ geschrieben: „Ich bin wie Kreisky der Auffassung, dass die Abtreibung nicht nur kein taugliches Mittel der Geburtenkontrolle ist, sondern dass alle Teile der Gesellschaft und des Staates verpflichtet sind, Frauen in dieser Notlage beizustehen und sie nicht in ihrer Entscheidung alleine zu lassen.“ Aus diesem Grund fordert der Kath. Familienverband: „Deshalb darf es nicht sein, dass Stadträtin Frauenberger schwangere Mütter und insbesondere Schwangere in Notsituationen benachteiligt und kirchliche Beratungsstellen desavouiert“, so Lang. Beratungsstellen, die auch finanzielle Hilfen für ein Leben mit Kind anbieten, absichtlich zu verschweigen, stehe in krassem Widerspruch zu den Aussagen von Bürgermeister Häupl. ■



## Der Oma-Dienst vermittelt verlässliche Betreuungspersonen für Ihre Kinder!

1190 Wien, Hofzeile 10-12/ Stiege 9, Tel.: (01) 486 36 68, Fax: (01) 486 89 08-17  
Montag bis Freitag von 8.30 – 12.30 Uhr, [omadienst@edw.or.at](mailto:omadienst@edw.or.at)

Für Mitglieder des Katholischen Familienverbandes ist die Vermittlung kostenlos, Nichtmitglieder und Omas zahlen einen Unkostenbeitrag von 45 Euro.

## familien<sup>v</sup>

Der Katholische  
Familienverband der  
Erzdiözese Wien



Mit finanzieller Unterstützung des  
Familienreferates der NO Landesregierung  
und der Gemeinde Wien

# „Was Wien bewegt“

## 12 Fragen an die wahlwerbenden Parteien in Wien

Im Hinblick auf die kommenden Wiener Landtags- und Gemeinderatswahlen hat der Kath. Familienverband der Erzdiözese Wien (KFWV) allen Wiener wahlwerbenden Spitzenkandidatinnen und -kandidaten 12 Fragen vorgelegt, die aus der Sicht des KFWV bei der kommenden Wahl eine wichtige Rolle spielen sollten. Im Folgenden finden sich die Fragen sowie in Kurzform die Forderung des Familienverbandes und die entsprechenden Antworten der Parteien. Alle Antworten sind im Detail auf [www.familienverband.at](http://www.familienverband.at) zu lesen.

1. Um den Regelunterricht aufrecht erhalten zu können, müssen derzeit bereits viele Lehrerinnen und Lehrer Überstunden machen. Was werden Sie tun, um dem Lehrermangel in Wien zu begegnen?

**Forderung des KFWV: mehr Lehrerinnen und Lehrer für Wien**

Die **SP** setzt auf Neuanstellungen infolge steigender Studentinnenzahlen, die **VP** will Dienstposten effizienter einsetzen, die **FP** eine Ausbildungsoffensive mit fixen Standards und Eignungstests, die **Grünen** fordern eine große Schul- und Ausbildungsreform, für die 700 LehrerInnen fehlen, das **BZÖ** setzt auf eine Bestandsaufnahme über den zukünftigen Bedarf an Lehrern und eine Neudefinierung der Arbeitszeit.

2. Viele Pflichtschulgebäude Wiens sind dringend sanierungsbedürftig. Von 2008–2017 ist die Investition von 570 Millionen Euro in 242 Standorte vorgesehen. Wie stellen Sie sicher, dass alle Schulen barrierefrei gestaltet werden und in viele Speise- und Aufenthaltssäle eingebaut werden?

**Forderung des KFWV: Nachholen der dringend notwendigen Sanierung von Wiens Schulen**

Die **SP** will die Ergebnisse der Wiener Volksbefragung umsetzen, eine Überprüfung der Möglichkeiten wurde gestartet. Die **VP** sieht sich im Sanierungsprogramm bestätigt und fordert ein Ende der Containerklassen, die **FP** will die Aufstockung des Schulsanierungspakets und Entlastung der Bezirke, die **Grünen** wollen die Erweiterung von Schulgebäuden durch Zubauten und Dachbodenausbauten für ganztägigen, barrierefreien Betrieb, das **BZÖ** will bestehende Standorte prüfen.

3. Wie konkrete Beispiele zeigen, wurden in den vergangenen Jahren in einigen öffentlichen Wiener Kindergärten am Aschermittwoch nur Fleischspeisen angeboten. Was tun Sie, um zu gewährleisten, dass an Fasttagen der christlichen Kirchen eine dementsprechende Speisenauswahl angeboten wird?

**Forderung des KFWV: Rücksichtnahme auf die Gebräuche aller Religionen**

Die **SP** sieht Forderung erfüllt, es gibt Wahlmenüs, **VP** unterstützt die Forderung und rät zur Kontaktaufnahme mit der Kindergartenleitung, **FP** steht klar zu der Wertschätzung des christlichen Glaubens sowie der Kirche und ist für Wahlfreiheit bei den Speisen, laut **Grünen** gibt es einen mindestens 50 prozentigen Anteil von Bioessen, Auswahl und Eigenverantwortung, das **BZÖ** fordert die Berücksichtigung verschiedener Aspekte.

4. Ketten und Läden einzelner Handelsgeschäfte haben oft an Sonntagen geöffnet. Rechtsverträge bei den neuen Wiener Bahnhöfen werden oft so ausgelegt, dass auch am Sonntag Waren verkauft werden dürfen, die nicht der Versorgung von Touristen dienen. Wie stellen Sie sicher, dass die bestehenden Vorschriften zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe eingehalten werden?

**Forderung des KFWV: verstärkte Kontrolle der Vorschriften zum Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe**

Die **SP** sagt, Wien hat das restriktivste Öffnungszeitengesetz in Österreich, alle Gewerbebetriebe werden von der MA 59 regelmäßig auf die Einhaltung der Bestimmungen der Gewerbeordnung kontrolliert, die **VP** unterstützt die Einhaltung der Sonn- und Feiertagsruhe, die **FP** sieht die gesetzlichen Vorschriften vor

allem von muslimischen Geschäftsleuten, meist Familienbetrieben, gebrochen und fordert den Ausbau einer schlagkräftigen Kontrolle, die **Grünen** kritisieren die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten in den letzten Jahren und sprechen sich gegen weitere Ausweitungen und ein wirksames Arbeitsinspektorat aus, das **BZÖ** will eine Lockerung der Ladenöffnungszeiten, Familienbetriebe sollen Nischen nutzen können.

5. Die Integration der zweiten und dritten Generation der Wiener Zuwanderer funktioniert nur ungenügend. Welche konkreten Integrationsmaßnahmen planen Sie?

**Forderung des KFWV: verstärkte Qualifizierung von Schülerinnen und Schülern ohne Hauptschulabschluss**

Für die **SP** ist die Sprache der Schlüssel zur Integration, der 2009 eingeführte Gratskindergarten ist ein integrationspolitischer Meilenstein, die ganztägige gemeinsame Schule der 10 bis 14-jährigen ein weiteres Ziel, für die **VP** wird mit der durchgesetzten Integrationsvereinbarung das Erlernen der deutschen Sprache für die erste Generation forciert, Kindergarten und Schule müssen zielgerichtete Maßnahmen bieten, die **FP** will das Erlernen und Verwenden der deutschen Sprache mit verpflichtenden Tests vor Schuleintritt, eigene Sprachförderklassen, keine öffentliche Förderung des muttersprachlichen Unterrichts, Bindung der Wohnungsvergabe im sozialen Wohnbau an Sprachkenntnisse und Integrationsbereitschaft sowie kein Kopftuch in der Schule und im öffentlichen Dienst, die **Grünen** wollen einen verpflichtenden Kindergarten ab 3 Jahren, massiven Ausbau des Deutschunterrichts und des muttersprachlichen Unterrichts in den Schulen sowie den Abbau von Integrationshemmnissen, das **BZÖ** setzt auf ein wesentlich durchlässigeres Schulsystem.

6. Derzeit wird bei stationären Spitalsaufenthalten von Kindern ein höherer Selbstbehalt verrechnet als bei Selbstversicherten. Damit müssen Kinder (für maximal 28 Tage) im Krankenanstaltenverbund 15,10 Euro pro Krankenhaustag bezahlen (Selbstversicherte 10,16 Euro). Werden Sie sich für die Verwirklichung der Forderung des Katholischen Familienverbandes Wien einsetzen, den Selbstbehalt für Kinder im Krankenhaus abzuschaffen?

**Forderung des KFWV: Abschaffung der Selbstbehalte für Kinder und die sie begleitenden Eltern im Spital**

Die **SP** sieht die Änderung dieser Rechtslage in der Verantwortung des Bundes, die **VP** befürwortet die Forderung und hat auch einen entsprechenden Antrag im Nationalrat eingebracht, die **FP** befürwortet die Forderung und sagt, sie habe dies bereits im Wiener Gemeinderat beantragt, die **Grünen** setzen sich seit jeher für kostenlose Diagnostik und Therapie für Kinder ein, das **BZÖ** unterstützt die Forderung.

7. Schließen Sie sich dem Vorschlag des Katholischen Familienverbandes Wien an, dass Bezieherinnen und Bezieher von Kinderbetreuungsgeld bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel Ermäßigungen erhalten sollen?

**Forderung des KFWV: Elternermäßigung in Öffis nach dem Vorbild der Seniorenermäßigung**

Die **SP** verweist darauf, dass die Wiener Linien zu den billigsten Anbietern von Öffentlichem Verkehr in Europa zählen, die **VP**

kann sich die Umsetzung dieser Maßnahme vorstellen und verweist auf ein Familienticket, die **FP** will ein leistbares und faires Tarifsystem im Öffentlichen Nahverkehr, das Grüne Tarifmodell sieht eine generelle Senkung der Tarife für die öffentlichen Verkehrsmittel vor, das **BZÖ** unterstützt den Vorschlag.

8. Werden Sie darauf dringen, dass die Wiener Linien für Studierende an Wiener Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen, deren Lehrveranstaltungen bereits im Februar beginnen, passende gültige Semestertickets angeboten werden?

**Forderung des KFWV: vergünstigte Semestertickets für alle Studierenden**

Die **SP** verweist auf die vergünstigte Ferien-Monatskarte um € 29,50 und bleibt bei der Gültigkeit des Semestertickets in der Studienzeiten der Hauptuniversität, weil sich auch die Förderungen auf diesen Zeitraum beschränken, die **VP** will das bestehende Fördersystem für Fahrttarife u.a. der Wiener Linien im Sinne der Gleichbehandlung aller Studierenden anpassen, die **FP** tritt dafür ein, dass Schüler und Studierende Freifahrten an die Wiener Öffis ermöglicht werden, nach dem **Grünen** Tarifmodell würden StudentInnen aller Hochschulen gratis mit den Öffis fahren, das **BZÖ** unterstützt die Forderung.

10. Was tun Sie, um Familien generell Vergünstigungen und Ermäßigungen bei Veranstaltungen zu ermöglichen, wie dies beispielsweise durch eine Familienkarte in anderen Bundesländern geschieht?

**Forderung des KFWV: Einführung einer „Wiener Familycard plus“ für Ermäßigungen bei Freizeiteinrichtungen und Wirtschaftsbetrieben verbunden mit einer Unfallversicherung für Kinder**

Die **SP** verweist auf die Angebote der Familien-Aktionskarte wienXtra, die 30.000 Wiener Familien besitzen. Angebote der Familienpässe folgen für die **SP** ökonomischen Zwängen und entsprechen nicht der Qualität und Vielfalt des Angebots der wienXtra-familientage. Die **VP** wird sich dafür einsetzen, dass auch in Wien nach dem Vorbild anderer erfolgreicher Bundesländermodelle eine Familienkarte mit breitem Leistungsangebot zur Verfügung steht. Die **FP** befürwortet einen Familienpass nicht nur für Ermäßigungen im öffentlichen Verkehr, sondern auch für alle öffentlichen Einrichtungen der Stadt Wien sowie das Parkgebührensystem, die **Grünen** plädieren für ihr Modell eines Wiener Aktivpasses für sozial benachteiligte Menschen mit 50 Prozent Ermäßigung für alle, deren Einkommen unter 920 Euro liegt. Das **BZÖ** fordert die Einführung einer Familienkarte.

10. Bürgermeister Michael Häupl hat dem Wiener Familienverband betreffend „flankierende Maßnahmen zum Thema Schwangerschaftsabbrüche“ Folgendes mitgeteilt: „Ich bin wie Kreisky der Auffassung, dass die Abtreibung nicht nur kein taugliches Mittel der Geburtenkontrolle ist, sondern dass alle Teile der Gesellschaft und des Staates verpflichtet sind, Frauen in dieser Notlage beizustehen und sie nicht in ihrer Entscheidung alleine zu lassen.“ Welche konkreten Unterstützungen werden Sie leisten bzw. beantragen, um Schwangeren in Notsituationen die nötige Hilfe - auch finanzieller Art - zukommen zu lassen?

**Forderung des KFWV: Schaffung eines Wiener Hilfsfonds für Schwangere in Notsituationen**

Die **SPÖ** Wien setzt auf Sexualaufklärung, begrüßt darüber hinaus das rezeptfreie Angebot zur 'Pille danach' als Methode zur Notfallverhütung und sagt: „Frauen haben ein Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper, das schließt die Fristenlösung mit ein.“ Die **VP** spricht sich für einen Ausbau des Angebotes an breiter Betreuung und Beratung für Schwangere aus und möchte eine anonymisierte statistische Erfassung der Schwangerschaftsabbrüche inklusive Motivforschung, um zielgerichtete Rahmenbedingungen schaffen zu können. Die **FP** fordert zertifizierte Schwangerschaftsberatungsstellen, an die sich junge



„Was Wien bewegt“: Organisationsreferentin Dr. R. Moser, stv. Vorsitzender Dr. A. Trendl, Vorsitzende Mag. M. Lang, und Geschäftsführer Mag. Andreas Cancura stellen 12 Fragen an die wahlwerbenden Parteien in Wien.

Frauen wenden können, die **Grünen** wollen einen modernen Sexualkundeunterricht in den Schulen, kostengünstige bzw. für Jugendliche gratis Verhütungsmittel oder die rezeptfreie Abgabe der „Pille danach“ als „Notfallverhütung“. Das **BZÖ** will eine Verbesserung der Beratung.

11. Kinder und Jugendliche sind in unserer demokratischen Willensbildung unterrepräsentiert und verlieren angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung an politischem Gewicht. Werden Sie sich für die Einführung eines Kinderstimmrechts nach dem Vorbild der Pfarrgemeinderatswahlen in der Erzdiözese Wien auf Bezirks-, kommunaler wie bundespolitischer Ebene einsetzen?

**Forderung des KFWV: Einführung eines Kinderstimmrechts: bis zum 16. Lebensjahr des Kindes bekommen Väter und Mütter pro Kind je eine halbe Stimme, Alleinerziehende eine ganze dazu**

Die **SP** setzt auf Kinder- und Jugendparlamente und Mitbestimmungsmodelle, wo die Ergebnisse für Kinder und Jugendliche greifbar sind, nämlich in regionalen Strukturen. Derzeit sind in 18 der 23 Bezirke Kinder- und Jugendparlamente fix installiert. Für die **VP** hat die Einführung eines Kinderstimmrechts derzeit keine vordringliche Priorität. Die **FP** meint, dass es nur Recht ist, wenn Eltern die politische Zukunft, in die ihre Kinder hineinwachsen, mehr beeinflussen können. Die **Grünen** Wien setzen sich für Kinder- und Jugendparlamente und dafür ein, dass Kinder und Jugendliche in Planungsprozesse für Spielplätze, Wohnanlagen, etc. miteinbezogen werden. Das **BZÖ** findet, dass das Wahlalter mit 16 Jahren ausreicht.

12. Der Wr. Familienzuschuss stellt ein wichtiges Mittel der Armutsbekämpfung dar, wurde aber seit Jahren nicht wertangepasst. Sind Sie für die Valorisierung und Anhebung der Einkommensgrenzen sowie der Zuschusshöhen des Wr. Familienzuschusses?

**Forderung des KFWV: jährliche Valorisierung der Einkommensgrenzen sowie der Zuschusshöhen auf Beträge zwischen 80 und 220 Euro, Ausweitung der Bezugsdauer auf die Zeit von der Geburt bis zum sechsten Lebensjahr des Kindes, Einführung eines Wiener Armutsberichtes**

Die **SP** will nach erfolgter Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung im Herbst 2010 überprüfen, ob bzw. inwiefern der Wiener Familienzuschuss neu strukturiert oder gewichtet werden muss. Die **VP** spricht sich seit Jahren für eine Erhöhung aus und wird sich dafür einsetzen. Die **FP** fordert wie auch beim Kinderbetreuungsgeld die Valorisierung aller Familienleistungen und das Überdenken von Einkommensgrenzen und Zuschusshöhen des Wiener Familienzuschusses. Die Wiener **Grünen** setzen sich für eine Grundsicherung ein, die den Namen auch verdient, sowie für eine Valorisierung vorhandener Unterstützungen. Das **BZÖ** ist für eine laufende, gesetzlich verankerte Valorisierung und Anpassung der Einkommensgrenzen. ■